

Nr. **XIX. GP-NR** **ANFRAGE**  
1610  
1995 -07- 12

der Abgeordneten Kiss  
und Kollegen  
an den Bundesminister für Arbeit und Soziales

betreffend Förderung eines Vereines durch die Aktion 8000,  
der das grün-anarchistische gewaltbereite  
TATblatt mitfinanziert

Im Rahmen der Aktion 8000 erhält der Verein "Cyclopia -  
Verein zur Förderung innovativer Fahrradkultur" nicht  
unbeträchtliche öffentliche Förderungsmittel. Der Zweck des  
Vereins erscheint unspektakulär. Der Verein bezweckt nämlich  
die Förderung des Fahrrades als umweltfreundliches Alltags-  
und Reiseverkehrsmittel.

Dieser begrüßenswerte Vereinszweck dient aber anscheinend nur  
zur Verschleierung von gesellschaftspolitischen  
grün-anarchistischen Zielsetzungen. So findet sich in der  
Ausgabe des TATblattes vom 26. Mai 1995 und in der Ausgabe  
des TATblattes vom 29. Juni 1995 jeweils ein Inserat des  
Vereins "Cyclopia" (Beilagen).

Diese Unterstützung des grün-anarchistischen gewaltbereiten  
TATblattes durch den Verein "Cyclopia", der seinerseits nicht  
unbeträchtliche öffentliche Förderungsmittel des  
Sozialministeriums erhält, zeigt, daß die Mittel des  
Sozialministeriums insoferne zweckentfremdet werden, weil  
anscheinend auf Grund der Sozialministeriumsförderung dem  
Verein "Cyclopia" noch genügend Geld bleibt, um die  
gewaltbereite grün-anarchistische Szene durch Inserate zu  
unterstützen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den  
Bundesminister für Arbeit und Soziales folgende

## ANFRAGE

1. Werden Sie auf Grund der Tatsache, daß der Verein  
"Cyclopia" das grün-anarchistische gewaltbereite TATblatt  
fördert, die Förderung dieses Vereines mit öffentlichen  
Mitteln einstellen?
2. Werden Sie die bereits geleisteten Förderungen  
zurückfordern?
3. Wenn nein, zu 1.) bzw. 2.), warum nicht?

16. Juni 95

## STAATLICHER RASSISMUS

# Geänderte Asylpolitik?

Nichts von einer „menschlicheren Politik“ unter dem neuen Innenminister Caspar Einem merken bisher Menschen ohne EU-Staatsbürgerschaft und AsylwerberInnen. Die Erlassung offensichtlich unsinniger Bescheide geht weiter wie zu Löschnaks Zeiten. Gleichzeitig wird es für Jugendliche ohne EU-Staatsabgehörigkeit noch schwieriger, in Österreich eine Lehrstelle zu finden. Drei Beispiele.

(AT/Blatt)

Wie im Ringelspiel dürften sich etwa 150 AsylwerberInnen vorkommen, die Anfang Mai bereits zum Zweiten Mal einen negativen Bescheid zweiter Instanz zugestellt bekommen. Sie alle sind seit mindestens zwei einhalb Jahren in Österreich, haben aber immer noch weder endgültige Entscheidung über ihren Asylantrag noch ordentliche Aufenthaltsbewilligung.

Ein exemplarischer Fall: Ein Kurde aus der Türkei, der wegen legaler politischer Tätigkeit in Haft war und gefoltert wurde, stellte im November 1991 in Österreich einen Asylantrag. Bei der Einvernahme durch die Fremdenpolizei gab er an, über Jugoslawien nach Österreich gekommen zu sein.

Mitte 1994 erhielt er einen Bescheid zweiter Instanz: Negativ. Er hatte im erstinstanzlichen Verfahren, das bereits wenige Wochen nach seiner Ankunft in Österreich mit negativem Bescheid abgeschlossen worden war, die behauptete politische Verfolgung in der Türkei nicht glaubhaft machen können. Zum Beweis der politischen Verfolgung reichte er in zweiter Instanz Gerichtsakten und Zeitungsberichte nach (inzwischen hatte er genügend Zeit, sie zu besorgen; bei der Flucht hatte er sie nicht mitnehmen können). Sie wurden nicht von der Berufungsinstanz als zu spät (weil erst in zweiter Instanz) vorgebracht erachtet und nicht berücksichtigt.

Ein Fehler, den der Verfassungsgerichtshof im Sommer 1994 korrigierte: Das Verfahren zweiter Instanz mußte wiederholt werden.

Wieder fand das Innenministerium einen formalen Grund, um den Antrag abzulehnen. Es beruft sich auf die sogenannte Drittlandregelung: „Aufgrund der geographischen Lage Österreichs ergibt sich, daß sie sich ... in Slowenien aufgehalten haben müssen, da nur dieser Staat — „Restjugoslawien“ und Kroatien haben mit Österreich keine gemeinsame Grenze — an Österreich grenzt. ... Sie waren in Slowenien keinerlei Verfolgung ausgesetzt und mußten nicht befürchten, ohne Prüfung ihrer Fluchtgründe in ihre Heimat abgeschoben zu werden.“

Bei der Ablehnung dieses und mindestens 150 anderer, ähnlich gelagerter Asylanträge bedient sich die Republik eines ziemlich miesen Tricks: Sie behauptet, daß Slowenien bereits seit 25. Juni 1991 die Genfer Flücht-

lingskonvention anerkannt habe. Der 25. Juni ist jener Tag, an dem in Slowenien der Krieg begann (gerade in diesem Zusammenhang von „Sicherheit“ zu sprechen, ist wohl einigermaßen unverfrozen). Tatsächlich anerkannt hat Slowenien die Flüchtlingskonvention aber erst im Herbst 1992, also zu einem Zeitpunkt, an dem unser Flüchtling bereits 10 Monate in Österreich war.

Sei's drum: Trotz Anerkennung der Konvention durch Slowenien sind dort bis heute ganze 11 Menschen als Flüchtlinge anerkannt worden. Die Konvention ist totes Recht.

## Betrifft: Asylverlust

Ebenfalls in die Amtszeit des neuen Innenministers fällt die Erlassung des folgenden Bescheids: „Gemäß § 5 Abs 1 z 3 Asylgesetz 1991, BGBl 1992/8, wird festgestellt, daß sie das Asyl verloren haben.“

...  
 Sie sind polnischer Staatsangehöriger, Sie besitzen die österreichische Staatsbürgerschaft nicht und sind somit Fremder im Sinne des § 1 Z 4 asylG 1991.

Sie wurden mit Bescheid der Sicherheitsdirektion f. d. Bld Niederösterreich ... 1982 als Flüchtling anerkannt.

Unbestreitbar ist, daß sich die politische Situation in POLEN derart verändert hat, daß man nicht mehr von einem dort regie-

renden totalitären Regime sprechen kann, vor dem man aus begründeter Furcht vor Verfolgung fliehen muß.

Die erkennende Behörde geht vielmehr davon aus, daß POLEN nunmehr als demokratischer Staat mit entsprechender Regierungsform anzusehen ist.“

Der Bescheid ist auf einem Vordruck ausgefertigt, in den nur mehr Name, Bescheidnummer und Herkunftsland eingefügt werden müssen. Dementsprechend sind Bescheide dieser Art nicht Einzelfälle. Und alle betreffen sie Menschen, die seit mehr als 10 Jahren in Österreich leben, hier Wohnung und Arbeit haben und mehr als ein Jahrzehnt Steuer zahlen durften.

Für diesen Bescheid verantwortlich: F. Janeba, ORev...

Redewerksstatt

CYCLOPIA

Wörterbücher

Leih

Wichtig  
 ohtraum  
 ersiegung

1000 Wien - Siegenstrasse 20 - Tel. 0222/567088

1000 Wien - Siegenstrasse 20 - Tel. 0222/567088

BLICK INS GRÜNE

# Gailtalzubringer: Eine Straße auf Biegen und Brechen

Wieder einmal soll eine unnötige Straße durch ein naturbelassenes Tal geführt werden. Von 15 geprüften Varianten machte justament die dreizehntbeste das Rennen. Mit der Aufschotterung wird bereits begonnen. Eine BürgerInneninitiative verspricht Widerstand gegen die „Amtstrasse“.

virus

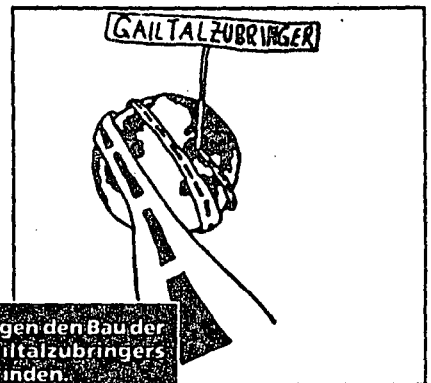
(Vereinigte Internationalistische Revolutionäre UmweltschützerInnen, Journaldienst: jeden Do. 15-18 Uhr im WUK-Umweltbüro, Wien 9, Währingerstraße 59, Tel. 0222/4026955)

Gailtalzubringer, so wird ein Bundesstraßenneubau entlang der Gail (rd. 9 km) zwischen Arnoldstein und Nötsch in Koroska/Kärnten nahe der italienischen Grenze genannt. Er soll das Gailtal erschließen, es „zubringen“ an den Kärntner Zentralraum via Einbindung in die A2. Der angebliche „Flaschenhals“ im unteren Talbereich (v.a. eine enge Ortsdurchfahrt) soll geweitet werden für freien Verkehr zwischen dem Gailtal und Villach; den Großmärkten im Raum Villach soll das Brieftascherl der GailtalerInnen öfter geöffnet, die PenderInnen den Unternehmen schneller zugeführt werden, und die SchifahrerInnen brausen in umgekehrter Richtung direkter aufs Naßfeld. Ein typisches Beispiel für einen Straßenbau, der zentralen Räumen periphere Ressourcen zuführt und die regionalen geschwächt zurückläßt, sie aussaugt. Er ist damit ein entscheidendes Moment in einer regionalen Umstrukturierung. Die Peripherie wird zunehmend öde Schlafgegend und tägliches Fließband für Geld und Arbeitskraft, während im Zentralraum Villach (A2, A10, Italien) der Gürtel aus Konzern-Großmärkten und -betrieben immer weiter wird. Steuergeld für eine Region kann nur einmal ausgegeben werden. Im Gailtal für einen Straßenbau, der extrem zerstöre-

nisch ist, der Region absolut nix bringt, im Gegenteil Individualisierung und Schwächung lokaler Strukturen vorantreibt und öffentliche Einrichtungen wie die Gailbahn abwürgt. Von dem redet natürlich niemand. Umgekehrt: Die Straße wird als das goldene Ei für den wirtschaftlichen Aufschwung des Gailtales propagiert.

Zwar haben bis jetzt auch alle Leute das Gailtal verlassen oder besuchen können, doch erscheint die bestehende Straße den lokalen Honoratioren, Kärntner Landespolitikern, den obligaten Frächtern und lokalen Wirtschaftsmagnaten sowie so manchem/r AnrainerIn nicht mehr zeitgemäß. Wenn schon sonst wenig Arbeit, Ideen und Zukunftsaussicht, eine breite Straße durchs Mitte Tal schaut nach mehr aus und Bürgermeister, Landesräte, Beamte und sonstige Lokalmatadore blicken stolz hin auf ein neues Stück Zukunft aus frischem Asphalt. Mit F-Straßenbauereferent Grasser, der sich unlängst F-gemäß weigerte, an einer offiziellen Ehrung antifaschistischer WiderstandskämpferInnen teilzunehmen und sich statt dessen mit Ulrichbergkameraden traf, sehen sie mit einer neuen Straße eine goldene Zukunft für das Gailtal hereinbrechen (ähnliches passiert in weniger fortgeschrittenem

Stadium unweit davon im Oberen Drautal.) Damit sie diesen Straßenbau durchsetzen können, müssen die Herrschaften auch mit großem Geschütz auffahren. Denn der Haken bei der Sache ist (oder war es zumindest bis jetzt), daß sie sich seit Jahren (völlig unnötigerweise) auf eine Trassenführung einzementiert haben, die geradewegs durch die „Gschütt“ führt. Wie wir aus dem Geschichtsunterricht nicht mehr wissen, ist irgendwann im Mittelalter einmal ein großes Stück Dobratsch (Villacher Alpe) abgebrochen und hat sich im Gailtal niedergelassen. Das Resultat heißt heute „Gschütt“ und ist ein nettes Stück Natur, durch die sich die Gail schlängelt. Die derzeitige geplante und teilweise schon aufgeschüttete Trasse betrifft den Talteil der „Gschütt“. Sie würde diesen 12km<sup>2</sup> großen unbesiedelten Talraum „von außerordentlicher Naturbelassenheit“, wie das Gutachten der Naturschutzsachverständigen feststellt, durchtrennen. Viele vom Aussterben bedrohte Tier- und Pflanzenarten (Luchse, Otter etc.)



Eine große Aktion gegen den Bau der Amtstrasse des Gailtalzubringers wird am 6. Juli stattfinden. Nähere Auskünfte gibts dazu im VIRUS-Büro. Telefon: (0222) 402.69.55

leben dort ganz gut und selbst für Bären ist das betroffene Gebiet ein überregional wichtiger Einwanderungskorridor aus Slowenien (vielleicht ist das der Grund, warum sich der F-ler Grasser so ins Zeug haut). Der Widerstand ließ daher nicht lange auf sich warten. Ein Jahr nach Bekanntwerden der konkreten Pläne (1982) gründeten einige Leute eine Initiative, die seither auf rechtlicher, politischer und aktionistischer

Ebene gegen die Realisierung der Straßenbaus ankämpft. Ihnen ist in diesen Jahren ein Lehrstück real existierender bürgerlicher Demokratie widerfahren bzw. haben sie ihren Teil zur politischen Notwendigkeit dieser Verrenkungen beigetragen. Seit 1982 ist nun schon der achte Straßenbauereferent am Werk. Haider hatte sogar zweimal seine Finger im Spiel, versprach allen alles, grad so wie die Saalstimmung war, und vertuschte sich ganz bürgernah in höhere Gefilde, sobald es ihm danach im Sinn stand. Unter seinem getreuen Nachfolger Reichhold wurde im Sommer 1992 ein Variantenvergleich durchgeführt, bei dem die Amtstrasse von 15 geprüften Varianten äußerst schlecht abschneit (bei Kriterium Naturhaushalt an 13. Stelle, bei Kriterium Mensch/Kultur an 8. Stelle, bei Baukosten an 11. Stelle). Die Ergebnisse des Vergleiches wurden in der Öffentlichkeit verschwiegen. Die Bürgermeister der Anrainerorte entschieden sich nach „intensiven Gesprächen mit Reichhold“ für die Amtstrasse. Den Variantenvergleich erhielten sie allerdings erst nach dieser Entscheidung ausgehändig. Die kärntner Presse stellte sich taub und blind. Dies alles, obwohl der Verfassungsgeschichtshof einige Monate zuvor die

Dienstag bis Freitag: 10<sup>h</sup> ← 13<sup>h</sup> 15<sup>h</sup> → 19<sup>h</sup>  
16<sup>h</sup> ← 13<sup>h</sup> Samstag  
Montag geschlossen

Stiegen gasse 20  
heutige Straße



# CYCLOPIA

## FAHRRAD & WERKSTATT

bezahlte Anzeige